



Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksversammlung Harburg

Antrag Neue Liberale	Drucksachen–Nr.: 20-0358 Datum: 12.01.2015
--------------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum

Antrag Neue Liberale betr. Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U4 nach Harburg

Sachverhalt:Antrag der Abgeordneten Kay Wolkau, Isabel Wiest und Fraktion

Die SPD hat noch in der letzten Wahlperiode einen Weiterbau der U4 bis zu den Elbbrücken abgelehnt (Drs. 19/8336). Mittlerweile hat der Senat erkannt, dass eine Weiterführung der U4 bis zu den Elbbrücken für die Entwicklung der östlichen HafenCity unerlässlich ist und sich deshalb für den Weiterbau bis zu den Elbbrücken entschieden.

Die positive Entwicklung in Wilhelmsburg und Harburg sowie die zunehmenden Kapazitätsengpässe der S-Bahn machen eine weitere Schienenverbindung in den Hamburger Süden ebenso dringend erforderlich. Eine über die geplante Haltestelle Elbbrücken hinausgehende Streckenführung der Linie U4 ist seitens des Senats jedoch derzeit nicht vorgesehen. (vgl. Drs. 20/8715)

Der Senat spricht in seiner neuesten Drucksache zum Thema „Langfristige Weiterentwicklung des U-Bahn-Netzes (Drs.20/13739) von zusätzlichen Strecken mit langfristig hohen Nachfragepotenzialen und erwähnt dabei eine Verlängerung der U4 bis Wilhelmsburg/Kirchdorf.

Mit einer Verlängerung der U4 über die in Bau befindliche Haltestelle Elbbrücken hinaus in Richtung Süden könnten perspektivisch die Quartiere Reiherstiegviertel und Wilhelmsburg Mitte sowie die Großwohnsiedlung Kirchdorf Süd an das U-Bahn-Netz angebunden und insbesondere die Busverkehrsleistungen der MetroBus-Linie 13 ersetzt werden, so der Senat.

Es sei jedoch absehbar, dass für eine positive Nutzen-Kosten-Relation eines derartigen Projekts erhebliche städtebauliche Nachverdichtungen durch Wohnungsneubau im Bereich der Elbinsel und des Kleinen Grasbrooks erforderlich wären. Sofern allerdings, so der Senat weiter, das Bewerbungsverfahren um Olympische Sommerspiele in den Jahren 2024 oder 2028 mit erfolversprechenden Aussichten weitergeführt würde, sei von einer deutlich zügigeren städtebaulichen Entwicklung des Kleinen Grasbrooks auszugehen, als dieses bisher angedacht war.

Um eine attraktive und leistungsfähige ÖPNV-Anbindung dieses neuen Stadtteils sicherzustellen, beabsichtigt der Senat eine Verlängerung der U4 auf den Kleinen Grasbrook planerisch so voranzutreiben und vorzubereiten, dass im Fall einer erfolgreichen Olympiabewerbung die weiteren notwendigen Realisierungsschritte zeitgerecht erfolgen könnten. Diese Streckenergänzung der U4 werde so konzipiert, dass eine Verlängerung in Richtung Wilhelmsburg zu einem späteren Zeitpunkt möglich sei. Die Bearbeitung der Strecke Elbbrücken – Kleiner Grasbrook werde so erfolgen, dass die Untersuchung nach der Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes über eine Hamburger Olympiabewerbung und nach einem Referendum der Hamburger Bürger je nach Ergebnis in kurzer Zeit durchgeführt oder qualifiziert beendet werden könne, so der Senat.

Eine Verlängerung der U4 Richtung Hamburger Süden schiebt der Senat damit auf die lange Bank bzw. erteilt einem solchen Vorhaben für den Fall, dass die Olympischen Spiele in naher Zukunft nicht in Hamburg ausgetragen werden, aus Kostengründen eine Absage. Dementsprechend hat der Senat auch keine Anstrengungen unternommen- über vereinzelt vorhandene Untersuchungen hinaus (vgl. Drucksache 20/8715) systematisch und umfassend mögliche Trassenführungen der U4 nach Süden zu untersuchen.

Es sprechen gleichwohl etliche Argumente dafür, zügig einen Weiterbau der U4 Richtung Hamburger Süden in Angriff zu nehmen und zwar auch unabhängig von der Frage, ob Hamburg die Olympischen Spiele austragen wird. So haben jüngst die Vorschläge des Politikwissenschaftlers Michael Rothschild aus Wilhelmsburg öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Er schlägt vor, die U4 als Stadtbahn oberirdisch auf der jetzigen Trasse der Wilhelmsburger Reichsstraße entlang zu führen, wenn die Bundesstraße voraussichtlich 2019 verlegt wird. U-Bahnzüge könnten mit einem zweiten Stromabnehmer ausgestattet werden, damit sie ebenerdig auf einer eigenen Fahrspur auf der Straße und unterirdisch im Tunnel fahren können, so der Vorschlag. Tatsächlich existieren derartige Verkehrssysteme bereits, so zum Beispiel in Hannover.

Eine U-Bahn als Stadtbahn zu planen- so wie es letztes Jahr auch die Handelskammer Hamburg ins Gespräch gebracht hat- würde deutlich kostengünstiger sein als sie mit viel Aufwand tief unter der Erde zu bauen.

Die Interessenkonflikte, die in vielen dichter besiedelten Gegenden der Stadt mit einer überirdischen Streckenführung verbunden wären, würden bei einer Streckenführung auf der dann verlegten Wilhelmsburger Reichsstraße weitgehend entfallen.

Das jüngst vorgestellte Senatskonzept "Hamburgs Sprung über die Elbe - Zukunftsbild 2013+" lässt zudem offen, wie der öffentlichen Personennahverkehr die erwarteten zusätzlichen 12.000 Menschen in den 4000 neuen Wohnungen in Wilhelmsburg aufnehmen soll, ganz zu schweigen von den zahlreichen und umfangreichen Bauvorhaben im Bezirk Harburg.

In Anbetracht der bereits jetzt vorhandenen Überlastung der S-Bahnstrecke nach Harburg und der weiterhin stetig steigenden Fahrgastzahlen der S31 und S3 ist der Bedarf für eine U4 ohnehin offensichtlich.

Zudem muss es stets verkehrspolitisches Ziel sein, dem so genannten Bedarf für den ÖPNV einen Schritt voraus zu sein, statt dem Bedarf hinterher zu hinken. Denn attraktive Angebote bringen oft eine erhöhte Nachfrage mit sich. Vor diesem Hintergrund ist zügiges Handeln mehr als dringend geboten.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Der Vorsitzende der Bezirksversammlung wird aufgefordert, sich beim Hamburger Senat und den zuständigen Fachbehörden dafür einzusetzen, dass eine umfassende Machbarkeitsstudie zur möglichen Verlängerung der U4 nach Harburg veranlasst wird. Die Studie soll mehrere denkbare Varianten des Streckenverlaufs und der Streckenführung einbeziehen und insbesondere den Vorschlag, eine U4 teilweise auch überirdisch auf der jetzigen Wilhelmsburger Reichsstraße zu führen, berücksichtigen.

Über das Ergebnis der Bemühungen und den Fortschritt in der Angelegenheit soll dem Verkehrsausschuss berichtet werden.

Harburg, 08.01.2015

Kay Wolkau
Fraktionsvorsitzender

